

«Grundeinkommen» und Dreigliederung

Zur Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen

Redaktionelle Vorbemerkung

Die gegenwärtige, hauptsächlich von dem Gründer der Drogenmarktkette dm, Götz Werner, in Deutschland initiierte Kampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen findet ein gewisses Echo in der Öffentlichkeit. Dies ist verständlich, weil sie den Menschen eine Befreiung von der Angst vor der Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Existenzverlust verspricht. Verschiedentlich wird diese Initiative mit der Dreigliederung, wie sie Rudolf Steiner vertreten hat, in Verbindung gebracht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass mit der Initiative für das Grundeinkommen ein völlig anderer Ansatz verfolgt wird. Von ihrer Argumentationsweise her bewegt sich diese Initiative im Rahmen des herkömmlichen gesellschaftspolitischen Denkens, das nur das heutige aus Staat und Wirtschaft bestehende Gesellschaftssystem kennt. Das Grundeinkommen möchte sie mittels einer staatlichen Abgabe finanzieren, das heißt, sie möchte im bestehenden System lediglich eine gewisse Umschichtung vornehmen, alles andere jedoch im Wesentlichen so belassen wie es ist. Anders ist es bei der Dreigliederung des sozialen Organismus. Diese beinhaltet eine grundlegende gesellschaftliche Erneuerung. Ihre Verwirklichung stellt eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit dar. Sie kann nicht durch einzelne äußerliche Maßnahmen erreicht werden. Sie verlangt eine ganz andere Herangehensweise. Sie bedarf des inneren Mitgehens der Menschen. Diesbezüglich gilt es zunächst, aus einem von der anthroposophischen Geisteswissenschaft befruchteten, neuen Denken sich wirklichkeitsgemäße Begriffe der entsprechenden Zusammenhänge zu erarbeiten und dadurch ein realistisches Bild der Dreigliederung zu entwickeln, aus dem diese dann schrittweise verwirklicht werden kann. Das sich einseitig an den sinnenfälligen Erscheinungen orientierende und daher vielfach mit Vorurteilen behaftete herkömmliche Denken ist dabei zu überwinden. Denn dieses stellt die eigentliche Ursache zahlreicher heutiger Probleme auf den verschiedensten Gebieten dar.

Im *Europäer* sind in jüngster Zeit verschiedene Beiträge zum Thema Grundeinkommen veröffentlicht worden. Uwe Todt geht in einer Leserschrift (Jg. 11, Nr. 2/3, Dez. 2006/Jan. 2007, S. 38f) auf verschiedene Aspekte des von Götz Werner und Benediktus Hardorp propagierten Grundeinkommens und einer damit verbundenen weitgehenden Umgestaltung des Steuersystems ein. Er vertritt dabei die Auffassung, dass durch einen solchen Wechsel des Steuersystems, bei dem das Grund-

einkommen für jeden Bürger durch eine maßgebliche Erhöhung der Mehrwertsteuer unter gleichzeitigem Wegfall anderer Steuern (wie etwa der Unternehmensbesteuerung und anderer Steuern), der heute stattfindende internationale Wettbewerb der Sozialsysteme nicht nur gestoppt, sondern gar umgekehrt werden könnte: «Exporte werden von der Mehrwertsteuer entlastet und Importe werden mit der Mehrwertsteuer belastet (...) Lläuft der größte Teil des Steueraufkommens über die Mehrwertsteuer, dreht sich der Wettbewerb der Sozialsysteme um».

Es scheint jedoch fraglich, ob mit einer solchen Maßnahme Derartiges erreicht werden könnte. Wenn beispielsweise ein Produkt in einem Land A aufgrund anderer Produktionsbedin-

gungen (Umweltauflagen, Arbeitsrechte, Lohnniveau) erheblich billiger als in einem Land B produziert werden kann, es dann in jenes (Land B) importiert wird und dabei mit einer Mehrwertsteuer von vielleicht 50 % belastet wird, so kann dies trotzdem noch deutlich billiger sein als ein entsprechendes im Land B erzeugtes Produkt. Es ist somit nicht einzusehen, wie dadurch der heutige Standortwettbewerb und die damit verbundene Abwanderung der Industrien in Billiglohnländer nachhaltig unterbunden werden könnte.

Notwendigkeit eines neuen Denkens

Aber müsste man hier nicht viel grundsätzlicher ansetzen? Müsste zunächst nicht einmal die heutige Denkweise hinterfragt werden, die dazu geführt hat, dass ganze Volkswirtschaften immer tiefer in den weltweiten Standortwettbewerb mit einer entsprechenden Nivellierung der Umwelt- und Sozialstandards nach unten hineingetrieben werden? Das heutige herkömmliche Denken ist in einseitiger Weise auf die sinnenfälligen Erscheinungen, auf dasjenige, was wäg-, zähl- und messbar ist, also die Ponderabilien, gerichtet und dadurch mit Vorurteilen befrachtet. Diese wie nur auf einen Pol der Erscheinungen fixierte, nur auf eine Seite der Wirklichkeit gerichtete Art des Denkens kann allenfalls dazu dienen, die heutigen systemimmanenten Probleme zu analysieren, zu beschreiben, nicht aber sie zu lösen. Hierzu bedarf es eines neuen Denkens, das, worauf Alexander Caspar in seinem Beitrag «Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, Spiegel des Bewusstseins» (Jg. 11, Nr. 6, April 2007, S. 19ff) schon hin-

*Denn man ändert dabei
nichts am Grundcharakter des
gegenwärtigen Systems.*

«Das soziale Hauptgesetz» und «Zweierlei Einrichtungen»

(aus: R. Steiner: *Geisteswissenschaft und soziale Frage*, GA 34, 5. Aufl., R. Steiner Verlag, Dornach 1982, S. 34f)

«Nun, das soziale Hauptgesetz, welches durch den Okkultismus aufgewiesen wird, ist das folgende: *«Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt und je mehr seine Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.»* Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen (...) Wer nämlich das Leben wirklich untersucht, der kann finden, dass eine jede Menschengemeinschaft, die irgendwo existiert, oder die nur jemals existiert hat, zweierlei Einrichtungen hat. Der eine dieser Teile entspricht diesem Gesetz, der andere widerspricht ihm. So muss es nämlich überall kommen, ganz gleichgültig, ob die Menschen es wollen oder nicht. Jede Gesamtheit zerfiele nämlich sofort, wenn nicht die Arbeit der Einzelnen dem Ganzen zufließen würde. Aber der menschliche Egoismus hat von jeher dieses Gesetz durchkreuzt. Er hat für den einzelnen möglichst viel aus seiner Arbeit herauszuschlagen gesucht. Und nur dasjenige, was auf diese Art aus dem Egoismus hervorgegangen ist, hat von jeher Not, Armut und Elend zur Folge gehabt.»

gewiesen hat, die Welt der Erscheinungen als *eine Welt von Polaritäten* zu erfassen imstande ist und dadurch jeweils von dem entsprechenden Prozess auszugehen vermag. Erst durch ein solches wirklichkeitsgemäßes Denken wird es möglich, etwa auf dem Gebiet der Ökonomie eine den heutigen Verhältnissen und dem Entwicklungsstand der gegenwärtigen Menschheit angemessene Wirtschaftsweise schrittweise verwirklichen zu können¹. Aus einem solchen Denken heraus wird es möglich sein, dass in der Zukunft entsprechende Einrichtungen geschaffen werden können, die mit dem von Rudolf Steiner formulierten sozialen Hauptgesetz (siehe Kasten «Das soziale Hauptgesetz» und «Zweierlei Einrichtungen») im Einklang stehen. Durch eine äußerliche Maßnahme wie der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird man hingegen keine grundsätzliche Lösung der heutigen Probleme erreichen können. Denn man ändert dabei nichts am Grundcharakter des gegenwärtigen Systems. Nur ein von der anthroposophisch orientierten Geisteswissenschaft befruchtetes Denken wird eine grundsätzliche Erneuerung der Gesellschaft bewirken können, weil sie den Menschen wiederum tragende Inhalte vermittelt und dadurch die Gesellschaft insgesamt auf eine neue Basis gestellt werden kann (siehe hierzu auch Kasten «Die Gesamtheit muss eine geistige Mission haben»).

Keine Trennung von Leistungsertragnis und Einkommen durch das Grundeinkommen

Todt erwähnt in seinen Ausführungen weiter, dass durch Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens viele Arbeiten «wieder finanzierbar» würden. Dies geht in die gleiche Richtung wie die Aussage von Werner in einem Interview mit der *Basler Zeitung* («800 Euro – damit kann man leben», 14.10.2006), dass es darum gehen würde, die menschliche Arbeit kostenmäßig zu «verbilligen», von Abgaben zu befreien. Das heißt, die Vertreter der Idee des Grundeinkommens sind aus ihrem Verhaftetsein im herkömmlichen Denken gar nicht dazu in der Lage, die heute notwendige Trennung von Arbeit (Leistungsertragnis) und Einkommen im Sinne des sozialen Hauptgesetzes bewerkstelligen zu können. Das von Werner und Hardorp propagierte Grundeinkommen wird letztlich auch aus dem Leistungsertragnis (dem Ertragnis der Arbeitsleistung) bezahlt, worauf Caspar in seinem erwähnten Beitrag schon hingewiesen hat: «Das Grundeinkommen wird genauso wie der Lohn aus dem Leistungsertragnis finanziert, nur in Form einer darauf erhobenen Zwangsabgabe». Werner spricht in dem genannten Interview mit der *Basler Zeitung* davon, dass inländische Arbeit mittels Befreiung von steuerlichen Abgaben «verbilligt», durch Umstellung des Steuersystems und Einführung eines «bedingungslosen Grundeinkommens» Arbeit wieder finanzierbar werden soll. Hierin zeigt er, wie sehr er mit seiner Argumentationsweise im herkömmlichen Denken verhaftet ist. Denn wer die menschliche Arbeit verbilligen möchte, damit möglichst in inländische Arbeitsplätze investiert wird, der bewegt sich in derjenigen Denkweise, dass Arbeit (der Erlös der Arbeitsleistung) und Einkommen direkt miteinander gekoppelt sind, dass also die menschliche Arbeitskraft ein Kostenfaktor darstellt, den es nach Möglichkeit zu minimieren gilt. Und diese Denkweise ist letztlich die Ursache des Wachstumszwanges der heutigen Wirtschaft und des internationalen Standortwettbewerbs. Denn in der heutigen Ökonomie ist das zu erwartende Leistungsertragnis letztlich der entscheidende Gesichtspunkt, ob und wo eine entsprechende Investition getätigt wird, ein Produkt hergestellt wird.

Auch nicht als Übergangs- oder Zwischenlösung geeignet

Die Propagatoren des Grundeinkommens verfügen in ihrem Konzept, worauf Caspar in der genannten Publikation hinweist, nicht über diejenige grundlegende volkswirtschaftliche Orientierungsgröße (Caspar nennt sie in seinen Schriften in Anlehnung an Steiner die *Urproduktion*), durch welche eine Trennung von Einkom-

men und Leistungsertragnis erst ermöglicht werden kann, weil diese beiden Größen dann unabhängig voneinander gegen diese volkswirtschaftliche Wertemaßstabsgröße bewertet werden können: «Im jetzt propagierten Grundeinkommen kann die Trennung von Leistungsertragnis und Einkommen mangels übergeordneter Orientierungsgröße gar nicht vollzogen werden». Weiter weist Caspar darauf hin, dass, wenn man anstatt der im heutigen System praktizierten Trennung der Geldschöpfung von der volkswirtschaftlichen Wertbildung (der Realwirtschaft) dazu übergehen würde, die Geldmenge an die Realwirtschaft (also produzierte Waren und erstellte Dienstleistungen) zu binden, so würde man anstatt des Propagierens eines mehr oder weniger am Existenzminimum orientierten staatlich garantierten Grundeinkommens auf den Begriff der «Sozialquote» kommen. Wobei die Summe aller individuellen Sozialquoten, also der Einkommen, dann der Geldmenge eines solchen (zukünftigen) Wirtschafts- und Währungsgebietes entsprechen würde: «Dass das Postulat des Grundeinkommens so gestellt wird, beruht auf der heutigen Trennung von Geldschöpfung und Wertbil-

dung, sonst würde man bei dem Begriff der Sozialquote als in der Geldschöpfung verankertem Einkommen landen».

Aufgrund des Zurückgebliebenseins der heutigen herkömmlichen Nationalökonomie ist es kaum möglich, das Wirtschaftsleben im Sinne des sozialen Hauptgesetzes gestalten zu können (siehe Kasten «Das soziale Hauptgesetz» und «Zweierlei Einrichtungen»). Denn in der Einseitigkeit ihrer Denkweise verfügt sie nicht über die grundlegende volkswirtschaftliche Wertemaßstabsgröße und ist nicht imstande, den Wirtschaftsprozess als ein Geschehen erfassen zu können, in welchem Interessensgegensätze auf vernunftmäßige Weise durch entsprechende wirtschaftliche Einrichtungen stets zu ihrem Ausgleich gebracht werden müssen: «Die heutige Wirtschaftslehre verfügt nicht über die Theorie des Richtmaßes und nicht über die für dessen praktische Handhabung erforderliche gesellschaftliche Einrichtung der Assoziationen, um aus dem Preisgefüge ablesen zu können, ob die Zahl der reinen Verbraucher durch die materielle Produktion getragen werden kann oder nicht». Aufgrund des Eingebettetseins der Idee des Grundeinkommens im heutigen herkömmlichen Denken kann, weil hierdurch keine entsprechenden übergeordneten Gesichtspunkte überhaupt Berücksichtigung finden, die Forderung nach einem Grundeinkommen auch nicht als Übergangs- oder Zwischenlösung angesehen werden.

«Die Gesamtheit muss eine geistige Mission haben» (aus: R. Steiner: «Geisteswissenschaft und soziale Frage», GA 34, 5. Aufl., R. Steiner Verlag, Dornach 1982, S. 36f)

«Nun kann es sich aber natürlich nicht bloß darum handeln, dass man ein solches Gesetz einsieht, sondern die wirkliche Praxis beginnt mit der Frage: wie kann man es in die Wirklichkeit umsetzen? Es ist klar, dass dieses Gesetz nichts geringeres besagt als dieses: die Menschenwohlfahrt ist um so größer, je geringer der Egoismus ist. Man ist also bei der Umsetzung in die Wirklichkeit darauf angewiesen, dass man es mit Menschen zu tun habe, die den Weg aus dem Egoismus heraus finden. Das ist aber praktisch ganz unmöglich, wenn das Maß von Wohl und Wehe des Einzelnen sich nach seiner Arbeit bestimmt. Wer für sich arbeitet, muss allmählich dem Egoismus verfallen. Nur wer ganz für die anderen arbeitet, kann nach und nach ein unegoistischer Arbeiter werden. Dazu ist aber eine Voraussetzung notwendig. Wenn ein Mensch für einen anderen arbeitet, dann muss er in diesem anderen den Grund für seine Arbeit finden; und wenn jemand für die Gesamtheit arbeiten soll, dann muss er den Wert, die Wesenheit und die Bedeutung dieser Gesamtheit empfinden und fühlen. Das kann er nur dann, wenn die Gesamtheit noch etwas ganz anderes ist als eine mehr oder weniger unbestimmte Summe von einzelnen Menschen. Sie muss von einem wirklichen Geiste erfüllt sein, an dem ein jeder Anteil nimmt. Sie muss so sein, dass ein jeder sich sagt: sie ist richtig, und ich will, dass sie so ist. Die Gesamtheit muss eine geistige Mission haben; und jeder einzelne muss beitragen wollen, dass diese Mission erfüllt werde. All die unbestimmten abstrakten Fortschritts-Ideen, von denen man gewöhnlich redet, können eine solche Mission nicht darstellen.»

«... dass der Gutverdienende und Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann»

Das Propagieren eines Grundeinkommens hat natürlich auch eine politische Dimension, worauf Franz Jürgens schon hingewiesen hat («Die Geheimorden und das Grundeigentum», Jg. 11, Nr. 4, Febr. 2007, S. 16ff). Jürgens hat dabei aufgezeigt, dass derartige Gedanken schon in der Vergangenheit wiederholt unter anderem auch von Seiten des politischen Katholizismus propagiert worden sind. Und man kann sich ja die Frage stellen, warum auch diese Gruppierungen das Grundeinkommen propagieren. Indem diese Gedanken also letztlich nicht völlig neu sind², sich innerhalb der offiziell anerkannten Denkschemata bewegen und scheinbar eine einfache Lösung versprechen, muss es nicht verwundern, dass die gegenwärtige Kampagne von Werner und Hardorp in Deutschland eine gewisse Resonanz findet³. Der Direktor des Hamburger Welt-Wirtschaftsinstituts (HWWI), Thomas Straubhaar⁴, hat sich in einem Interview in der Zeitschrift «brand eins» («Wir haben keine andere Wahl», Nr. 7, 2005, S. 60ff) in ähnlicher Weise für die Einführung eines «staatlichen Grund-

einkommens» ausgesprochen. Er spricht dabei Klartext bezüglich der dem Grundeinkommen zugedachten Rolle: «Es dient dazu, dass der Gutverdienende und Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann». Dies heißt natürlich nichts anderes, als dass man das heutige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nicht durch soziale Unruhen in Frage gestellt sehen will, dass man es in der Voraussicht auf kommende sich zuspitzende gesellschaftliche Auseinandersetzungen mittels eines staatlich garantierten Grundeinkommens, das sich am Existenzminimum orientiert, zu stabilisieren sucht. Das heißt, das heutige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem tendiert systembedingt in Richtung, der so genannten «80:20-Gesellschaft»⁵. In einer solchen in Aussicht gestellten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sollen schließlich nur noch rund 20 % der Bevölkerung Arbeit haben und damit über ein eigenes Einkommen verfügen und der Rest würde durch «tittytainment»⁵, einer Mischung aus Ernährung und Unterhaltung, bei Laune gehalten werden. Es stellt sich nun die Frage, welche Rolle die sich formierende Bewegung für ein staatlich garantiertes Grundeinkommen gegenüber derartigen Bestrebungen einnehmen will? Denn das geforderte Grundeinkommen beinhaltet letztlich zum Teil etwas Ver-

gleichbares zu demjenigen, was von den Propagatoren der 80:20-Gesellschaft als «tittytainment» bezeichnet wird. Die gegenwärtige Kampagne für ein staatlich garantiertes Grundeinkommen verspricht eine scheinbar einfache Lösung heutiger gesellschaftspolitischer Probleme, insbesondere der Einkommensfrage. Sie spricht im Grunde genommen den Egoismus des Einzelnen an, ohne ihm dabei auch ihn weiterführende, übergeordnete Gesichtspunkte vermitteln zu können. Durch das erneute Propagieren einer Idee, die wiederholt schon in Erscheinung getreten ist, wird letztlich abgelenkt von demjenigen, womit man sich eigentlich beschäftigen müsste. Heute wäre notwendig, auch wenn dies eine ganz andere innere Kraftanstrengung notwendig machen würde, dass man sich etwa auf ökonomischem Gebiet entgegen der heute vorherrschenden neoliberalen Ideologie zunächst einmal ganz neue Begriffe bezüglich wirtschaftlichem Wert, Kapital, Eigentum usw. erarbeiten würde, um dann aus einem ganz neuen Verständnis der Zusammenhänge ein Bild der heute notwendigen Dreigliederung entwickeln zu können.

Bedingungsloses Grundeinkommen versus individuelle Sozialquote

Betrachten wir noch einmal den Unterschied zwischen der Idee eines Grundeinkommens und einer assoziativen Wirtschaft (siehe Kasten «Assoziative Wirtschaftsweise»). In einer Gesellschaft, die ein staatlich garantiertes Grundeinkommen verwirklichen würde, würde jeder eine leistungslose Rente in einer generell festgelegten Höhe ohne Verpflichtung zu einer Gegenleistung beziehen. Die heutige Struktur, die innere Verfassung von Wirtschaft und Gesellschaft, würde, weil man dabei dem Ganzen keine neue tragende Idee zugrunde legen würde, die gleiche bleiben. Denn durch eine solche äußerliche Maßnahme *stellt man die Gesellschaft insgesamt ja nicht auf eine neue Basis, man schichtet im bestehenden System mittels fiskalischer Maßnahmen lediglich nur um*. Man gibt dem Ganzen keinen neuen Inhalt. Das heißt, das Bestreben, ein möglichst hohes Erträgnis der eigenen Leistung zu erzielen, um dadurch ein möglichst hohes (zusätzliches) Einkommen zu erlangen, würde weiterhin Initiator des Wirtschaftens sein. Aufgrund des damit verbundenen Bestrebens nach Profitmaximierung, würde weiterhin Raubbau an der Natur und Ausbeutung der Dritten Welt betrieben werden. Man würde eine Zweiteilung der Gesellschaft in diejenigen, die auf das Grundeinkommen angewiesen sind beziehungsweise sich damit begnügen würden, und diejenigen, die darüber hinaus über Arbeitseinkommen und Einkünfte aus Kapitalvermögen verfügen, zementieren.

Assoziative Wirtschaftsweise

Bei Realisierung der Dreigliederung wird für das Wirtschaftsleben das assoziative Prinzip maßgebend sein. Vertreter von Konsumenten, Produzenten und Verteilern werden sich hierbei mit der Gestaltung des Wirtschaftsprozesses und dazu gehörenden Fragestellungen, wie etwa die Bedarfsfeststellung, das Reagieren auf eine sich verändernde Nachfrage, Einsatz der Arbeitskräfte, befassen. Indem in derartigen Leitungsgremien Vertreter aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten zusammenkommen, erfolgt hierbei die für das wirtschaftliche Leben maßgebliche Urteilsbildung im Sinne eines Kollektivurteils, weil hierbei die verschiedensten Erfahrungen, Interessen und Einsichten der einzelnen Delegierten in diese Urteilsbildung einfließen. Eine solche Wirtschaft ist dann auf die tatsächlichen Bedürfnisse ausgerichtet; im Gegensatz zur heutigen Form des Wirtschaftens, welche vornehmlich der Gewinnoptimierung dient, den Wirtschaftsprozess teilweise dazu benutzt, um nach Möglichkeit den Kapitalbesitz des Kapitaleigners zu vergrößern. Die Verwaltung des Geldes wird in einer zukünftigen dreieggliederten Gesellschaft durch eine den Assoziationen eingegliederten Notenbank besorgt werden. Innerhalb der Assoziationen wird es dann unter anderem auch ein entsprechendes Koordinationsorgan geben, das sich aus Delegierten der drei gesellschaftlichen Bereiche zusammensetzt und Funktionen ausüben wird wie Preisbildung, Einkommensbildung, Alimentierung des Geisteslebens und des Staates. Siehe hierzu: Alexander Caspar: *Die Zukunft des Geldes*, Selbstverlag, Zürich 2003, S. 17f.

Stimmungsbericht von einer Tagung am Goetheanum

Heike Stenz hat in einer Leserschicht neben ergänzenden Ausführungen eine Art Stimmungsbericht von einer Tagung über das Grundeinkommen am Goetheanum gegeben («Die Zeiten sind günstig», *Der Europäer*, Jg. 11, Nr. 6, April 2007, S. 24f). Sie erwähnt darin Bezug nehmend auf die Referenten Werner und Hardorp zwei Punkte, welche im Rahmen der gegenwärtigen Grundeinkommensdebatte immer wieder herangezogen werden, um das Thema Grundeinkommen mit der von Steiner vertretenen sozialen Dreigliederung in Beziehung zu bringen oder daraus ableiten zu suchen. So wird zum einen von Hardorp die Umstellung des Steuersystems auf die Mehrwertsteuer aus einem Zitat aus einem Zürcher Vortrag von Steiner (25.10.1919, in: *Soziale Zukunft*, GA332a, S. 59ff) abgeleitet. Steiner sprach sich dafür aus, dass das Kapital in dem Moment zu versteuern sei, in dem es in den Wirtschaftsprozess überführt wird, dass die heutige Einnahmesteuer in eine Ausgabensteuer verwandelt werden müsse. Dieser Vortrag ist anscheinend die einzig überlieferte Stelle, an der sich Steiner zur Ausgabensteuer geäußert hat. Steiner weist vor seiner damaligen Zuhörerschaft anhand von Beispielen darauf hin, dass es insbesondere in Bezug auf das Wirtschaftsgeschehen einer neuen Denkungsart bedarf. Er greift dabei die damals anscheinend von sozialistischen Agitatoren aufgeworfene Forderung nach der Einkommensbesteuerung auf und weist darauf hin, dass diese Forderung aus dem heutigen abstrakten Denken herrührt. Dieses lasse das Geld zum selbständigen Wirtschaftsobjekt werden, anstatt es (ohne jeglichen Eigenwert) lediglich als fließende Buchhaltung des Wirtschaftsprozesses aufzufassen: «... man übersieht, dass das Geld bloß ein Zeichen ist für Güter, die produziert werden, dass das Geld gewissermaßen bloß eine Art Buchhaltung ist, eine fließende Buchhaltung, dass jedes Geldzeichen stehen muss für irgendein Gut». Wenn man nun die populäre Forderung nach Einkommensbesteuerung aufgreifen würde, so würde man sich mitschuldig an der gegenwärtigen abstrakten Geldwirtschaft machen: «Heute aber muss gesagt werden, dass eine Zeit, die nur sieht, wie das Geld zum selbständigen Wirtschaftsobjekt wird, dass eine solche Zeit in den Geldeinnahmen dasjenige sehen muss, was man vor allen Dingen besteuern soll. Aber damit macht man sich ja als der Besteuernde mitschuldig an der abstrakten Geldwirtschaft! Man besteuert, was eigentlich kein wirkliches Gut ist, sondern nur Zeichen für ein Gut. Man arbeitet mit etwas Wirtschaftlich-Abstraktem». Steiner führt dann weiter aus, man müsse das Geld dann besteuern, wenn es ausgegeben werde, weil Geld erst zu einem Wirklichen werde, wenn es ausgegeben wird, wenn es sich vom eigenen Besitz ablöst und in den Wirtschaftsprozess überführt wird. Diese damit angesprochene «Ausgabensteuer» wolle er aber nicht als indirekte Steuer oder direkte Steuer sehen. Steiner kommt es dabei auf den eigentlichen Prozess an: «..., dass die Einnahmesteuer verwandelt werden muss in eine Ausgabensteuer – die ich bitte, nicht zu verwechseln mit indirekter Steuer (...) Nicht um indirekte Steuern und nicht um direkte Steuern handelt es sich, indem hier von Ausgabensteuer gesprochen wird, sondern darum handelt es sich, dass dasjenige, was ich erworben habe, in dem Momente, wo es übergeht in den Wirtschaftsprozess, wo es produktiv wird, auch besteuert wird». Wenn es sich also bei dieser von Steiner formulierten Beschreibung der «Aus-

gabensteuer» ausdrücklich nicht im herkömmlichen Verständnis um irgend eine Form von indirekter oder direkter Steuer handeln soll, so kann es sich hierbei nur, weil Steiner in diesem Zusammenhang immer zugleich auch vom Wirtschaftsprozess spricht, um den damit verbundenen adäquaten monetären Vorgang in einer zukünftigen assoziativen Wirtschaft handeln. In einer solchen wäre auch eine entsprechende Geldordnung realisiert, in welcher Sach- und Zeichenwert sich eins zu eins entsprechen, in welcher Geld nur Zeichen für ein Gut ist, und das Geld dadurch zur Buchhaltung der Leistungen und Einkommen wird. Das heißt, es geht hier um den entsprechenden Schritt bei der Zirkulation des Geldes: die produzierende Wirtschaft versorgt die Gemeinschaft der Menschen eines sozialen dreigliederten Organismus nicht nur mit wirtschaftlichen Gütern. Ihre Leistungsfähigkeit (Produktivität) und der daraus resultierende Grad an Kapitalbildung, ermöglicht es ihr, dass sie alle diejenigen vollumfänglich mit unterhalten kann, die nicht unmittelbar in der materiellen Produktion stehen: «Wenn man das Wirtschaftsleben auf seine eigene Basis stellt, dann wird es sich nur darum handeln können, dass das, was wirklich wirtschaftet, was darinnensteckt im Produktionsprozess, die Mittel zur Arbeit desjenigen hergibt, was der Gemeinschaft notwendig ist». Und in dem Moment, wo das gebildete Kapital im Verlaufe der Geldzirkulation wieder in den Wirtschaftsprozess überführt wird, sind die entsprechenden Sozialquoten der, im volkswirtschaftlichen Sinne, reinen Verbraucher (einschließlich der Angehörigen des Rechts- und Geisteslebens) an diese entsprechend abzuführen. **Das ist mit der Ausgabensteuer gemeint.** Das Wirtschaftsleben hat also über eine solche Produktivität zu verfügen, dass es in der Lage ist, das Geistesleben und das Rechtsleben entsprechend alimentieren zu können, also die «Mittel zur Arbeit» desjenigen herzugeben, dessen die Gemeinschaft insgesamt bedarf.

Das heißt, man muss hier sehen, wie Steiner aus der Betrachtung des entsprechenden Prozesses heraus spricht. Wie er wie von einem die Zusammenhänge überschauenden Standpunkt aus die Dinge gegenüber seiner Zuhörerschaft beschreibt. Man kann daher bei Steiner niemals einzelne Worte oder Sätze isoliert für sich nehmen. Man muss immer den unmittelbaren Zusammenhang berücksichtigen, in dem sie stehen. Man muss, wenn man seinen Beschreibungen folgen will, sich wie selber zurücknehmen, sein eigenes Denken mit verwandeln, sich entsprechend aufnahmefähig machen. Tut man dies nicht, so trägt man die eigenen ungeläuterten Vorstellungen an die Sache heran und sieht in den Ausführungen von Steiner nur dasjenige, was man selber sehen will. So konnte es geschehen, dass das Wort «Ausgabensteuer» rein aus dem konventionellen Denken heraus von Propagatoren des Grundeinkommens mit dem Begriff der Mehrwertsteuer identifiziert wird, obwohl sich Steiner in diesem Zusammenhang ausdrücklich gegen jegliche indirekte Steuer (wobei die heutige Mehrwertsteuer eine solche darstellt, weil sie den Endverbraucher besteuert) verwahrt hatte. Man trägt also nur die eigenen Gedanken an die Sache heran. Man geht dabei nicht von den Gedanken *Steiners* aus.

Der zweite Punkt, mit welchem die Idee eines staatlich garantierten Grundeinkommens mit der Dreigliederung in Verbin-



dung zu bringen versucht wird, ist das von Steiner formulierte «Soziale Hauptgesetz». Hierzu schreibt Stenz: «Hinter all den Ausführungen von Hardorp und Werner steht aber vor allem die grundlegende Idee aus der Dreigliederung, nämlich das Soziale Hauptgesetz. Ihnen geht es vor allem darum, ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass Arbeit und Einkommen getrennt werden müssen». Zwischen dem von Steiner formulierten Sozialen Hauptgesetz und dem Grundeinkommen besteht jedoch ein fundamentaler Unterschied. Die Vertreter des Grundeinkommens wollen an dem gegenwärtigen System nichts wesentlich ändern, außer dass ein gewisser *Grundbetrag* des Einkommens, das Grundeinkommen, generell losgelöst von der Arbeit und der Beschäftigung der Menschen durch den Staat ausbezahlt wird. Anders ist es in dem Aufsatz, in welchem Steiner das Soziale Hauptgesetz formuliert hat. Hierin weist er darauf hin, dass dieses Gesetz nicht nur im Sinne einer moralischen Forderung zu verstehen sei, sondern es auch darum ginge, *entsprechende Einrichtungen zu schaffen*, die mit diesem Gesetz in Einklang stehen, dass also die individuelle Einkommensbildung unabhängig von der Arbeitsleistung des Einzelnen zu erfolgen habe. [Die von Caspar in seinen Schriften vertretene «prospektive» (also zukünftige) Geldordnung ist letztlich die Voraussetzung für die Realisierung dieses Gesetzes beziehungsweise *sie beschreibt im Grunde genommen dessen Realisierung* («Geldmenge – Geldarten – Geldzirkulation», *Der Europäer*, Jg. 8. Nr. 5, März 2004, S. 24 ff; «Die Zirkulation der Geldarten», Nr. 6, April 2004, S. 23ff). Die Geldmenge eines solchen zukünftigen Wirtschafts- und Währungsgebietes würde hierbei einerseits durch die Realwirtschaft gedeckt sein (die Geldmenge als die Summe der Preise der während eines entsprechenden Zeitraumes umgesetzten Güter und erfolgten Dienstleistungen) und andererseits würde sie die Summe aller Einkommen darstellen. Das heißt, die gesamte Geldmenge, die ja die Leistungsfähigkeit einer solchen Volkswirtschaft repräsentieren würde, würde, vereinfacht formuliert, den während jedem Zyklus der Geldzirkulation für die Einkommen gesamthaft zur Verfügung stehenden Betrag darstellen. Hierdurch wäre die Voraussetzung gegeben, dass unabhängig von den jeweiligen Leistungserträgen individuelle Einkommensbildung erfolgen kann. Die Einkommen würden dabei im Gegensatz zu den heutigen Verhältnissen nicht mehr als Kostenfaktor der Leistungserträge in Erscheinung treten. Gleichzeitig weist Steiner darauf hin, dass man einer Gemeinschaft, die solches verwirklichen würde, zugleich eine auf den Geist gegründete, den Einzelnen und die Gemeinschaft tragende Weltanschauung vermitteln müsse: «Führt man aber Menschen zusammen, die eine solche Weltanschauung nicht haben, dann wird das Gute der Einrichtungen sich ganz notwendig nach einer kürzeren oder längeren Zeit zum Schlechten verkehren müssen. **Bei Menschen ohne eine auf den Geist sich richtende Weltanschauung müssen nämlich notwendig gerade diejenigen Einrichtungen, welche den materiellen Wohlstand befördern, auch eine Steigerung des Egoismus bewirken, und damit nach und nach Not, Elend und Armut erzeugen**». Die dem Sozialen Hauptgesetz entsprechende Trennung der individuellen Einkommensbildung von der Arbeitsleistung des Einzelnen wird mit dem jetzt propagierten Grund-

einkommen nicht verwirklicht: Das Grundeinkommen soll mittels einer steuerlichen Abgabe, der Mehrwertsteuer, aus dem Erlös der Arbeitsleistung (Leistungserlös) heraus bezahlt werden. Die Einkommen und die Leistungserlöse können damit nicht unabhängig von einander bewertet werden, wodurch heutige Konjunkturprobleme der Wirtschaft auch mit der Einführung eines Grundeinkommens nicht gelöst werden können. Die Idee des Grundeinkommens entspringt einem Denken, das außerhalb der anthroposophisch orientierten Geisteswissenschaft angesiedelt ist, das die Gesellschaft als ein duales System bestehend aus Staat und Wirtschaft zusammengesetzt betrachtet. Bezüglich des Grundeinkommens kann man sich somit nicht auf Steiner beziehen. An keiner Stelle seines Werkes hat er sich für ein solches ausgesprochen gehabt. – So gesehen kann man Jürgens nur recht geben, indem er sagt, dass das gegenwärtig propagierte Grundeinkommensmodell wenig mit der sozialen Dreigliederung Steiners gemein habe. Stenz weist weiter darauf hin, dass für Hardorp die Umwandlung des Steuersystems nur ein Baustein in der Veränderung der Gesellschaft in Richtung der Dreigliederung sei: «Dabei ist ihm völlig bewusst, dass die Idee der Steueränderung nur ein Baustein einer Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Dreigliederung ist, dass noch ein Rattenschwanz anderer Probleme gelöst werden müssen (Alterung des Geldes, Assoziationen, Eigentumsrecht etc.)». Aber was heißt denn das? Steiner hat über Jahre hinweg zur Thematik der sozialen Dreigliederung Vorträge gehalten, Kurse und Seminare gegeben, an Diskussionsabenden teilgenommen, zahlreiche Aufsätze und das Buch *Die Kernpunkte der sozialen Frage* geschrieben. Und nun meint man anscheinend, man könne, indem man sich zwei – ungenügend verstandene – Punkte davon herauspicks, die Ausgabensteuer und das Soziale Hauptgesetz (formelhaft verkürzt auf die «Trennung von Arbeit und Einkommen») die Dreigliederung entwickeln, ohne dass man sich dabei zunächst einen Überblick erarbeitet, ein Gesamtbild dessen entwickelt, was man zu erreichen trachtet. Und alles Übrige, im Besonderen Themen, die während der vergangenen Jahre immer wieder im *Europäer* behandelt worden sind, betrachtet man ja offensichtlich als einen «Rattenschwanz anderer Probleme». Hier scheiden sich natürlich die Geister in Bezug darauf, ob man Steiner zu verstehen sucht, das eigene Denken zu verwandeln und geisteswissenschaftliche Impulse aufzunehmen sich bemüht oder ob man nur die eigenen, aus dem gewöhnlichen intellektuellen Denken heraus gebildeten Gedanken an die Sache heranträgt und allenfalls nur sie bestätigt sehen will (siehe hierzu Kasten «Tragfähige soziale Ideen nur von jenseits der Schwelle»).

Die Menschen sind unterschiedlich. Der eine interessiert sich für die Erarbeitung von Grundlagen. Der andere schreibt sich Aktion auf seine Fahnen. Damit etwas Sinnvolles geleistet werden kann und die Dinge nicht in falsche Bahnen führen, sollte eine grundlegende Verständigung mit denjenigen, die zu einer entsprechenden Thematik etwas beizutragen haben, zunächst stattfinden, bevor man solch eine Sache aufzieht, wie die gegenwärtige Kampagne für das Grundeinkommen.

Anders wäre es in einem auf freier Einsicht in die Zusammenhänge sich entwickelnden dreigegliederten sozialen Organismus. Hier würde die Gesellschaft als Ganzes auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Die tragende und für die gegenwärtige Epoche zeitgemäße Idee wäre die entsprechend ausgearbeitete Dreigliederung, welche als solche ja jetzt vorliegt. Jeder Einzelne könnte sich bei deren Realisierung in deren drei Gebieten je nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend erleben, entfalten, partizipieren. In Bezug auf die Einkommensfrage würde aufgrund eines neuen Verständnisses von den Zusammenhängen, worauf Caspar hingewiesen hat, eine tatsächliche Entkoppelung von Einkommen und Leistungsertragnis im Sinne des sozialen Hauptgesetzes möglich werden. Im Rahmen eines dann realisierten assoziativen Wirtschaftslebens mit einer entsprechenden assoziativen Preis- und Einkommensgestaltung würde der Einzelne in ganz anderer *Verbindlichkeit* in Bezug auf das soziale Ganze stehen: Der Einzelne vertraut darauf, dass ihm seine Bedürfnisse aus den Leistungen der anderen befriedigt werden. Seine Fähigkeiten stellt er in den Dienst der Gesamtheit, weil er die tragende Idee des Ganzen vor Augen hat (siehe Kasten «Die Gesamtheit muss eine geistige Mission haben»). Im Gegenzug bezieht er seine individuelle Sozialquote, sein Einkommen, das sich in der Höhe an der durch die erwähnte Orientierungsgröße (die «Urproduktion») sich ergebenden durchschnittlichen Sozialquote orientiert. Der Einzelne steht dadurch mit seiner Umgebung in einem ihn tragenden assoziativen Zusammenhang. Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob man versucht, durch Trennung von Leistungsertragnis und Einkommen ein nach geisteswissenschaftlichen Gesichtspunkten (im Sinne des sozialen Hauptgesetzes) gestaltetes Wirtschaftsleben sich entwickeln zu lassen, in welchem das Ideal der Brüderlichkeit dann entsprechend zur Geltung kommen kann, oder ob man die gegenwärtige aus der naturwissenschaftlichen Gesinnung heraus geborene Form des Wirtschaftens, in welcher der menschliche Egoismus als der Antrieb allen Wirtschaftens angesehen wird, fortführen will.

Der Aspekt der Freistellung

In seiner Leserschrift schreibt Todt in Bezug auf die Wirkung der Zurverfügungstellung eines generellen Grundeinkommens weiter: «Ferner können sich Hunderttausende selbständig machen, weil sie keinen Konkurs zu befürchten haben». Hiermit weist er in indirek-

— ■ —
Man würde eine Zweiteilung der Gesellschaft in diejenigen, die auf das Grundeinkommen angewiesen sind beziehungsweise sich damit begnügen würden, und diejenigen, die darüber hinaus über Arbeitseinkommen und Einkünfte aus Kapitalvermögen verfügen, zementieren.
 — ■ —

ter Weise auf den Aspekt der Freistellung hin. Infolge des ihm zur Verfügung gestellten Grundeinkommens ist, um bei dem von Todt gegebenen Beispiel zu bleiben, der angehende Unternehmer existentiell unabhängig von einem allfälligen Misserfolg seiner Unternehmung. In der uns vorschwebenden assoziativen Wirtschaft werden die Sozial-

quoten, und es handelt sich dann hierbei um volle Einkommen und nicht nur irgendwelche sich am Existenzminimum orientierende Grundeinkommensbeträge, derjenigen, die nicht in der materiellen Produktion tätig sind, von denjenigen in vollem Umfang mitwirtschaftet, die in der materiellen Produktion stehen. Erstere werden dadurch freigestellt für andere Tätigkeiten. In Bezug auf eine solche Zukunftsvision muss es also darum gehen, mittels assoziativer Einkommensbildung die erwirtschafteten Kapitalüberschüsse kontinuierlich und *vollumfänglich* ihrem bedarfsgerechten Verbrauch zuzuführen, dadurch unter anderem ein freies Geistesleben (einschließlich dessen eigenen Institutionen, Organisation und Verwaltung) zu alimentieren, anstatt lediglich durch den Staat in unverbindlich-beziehungsloser, gleichmacherischer und im Grunde genommen willkürlicher Weise ein bloß an das Existenzminimum orientiertes Grundeinkommen zu verteilen und alles andere in seiner inneren Verfassung so zu belassen, wie es ist. Das heißt, uns geht es um die Ermöglichung eines mit den entsprechenden Mitteln ausge-

«Tragfähige soziale Ideen nur von jenseits der Schwelle»

(Auszüge aus dem gleichnamigen Kapitel im Buch *Wer ist der deutsche Volksgeist*, Karl Heyer, Perseus Verlag, Basel 1990, S. 184f; Zitate von Steiner)

«Nun aber müssen wir eins ins Auge fassen, das sehr wichtig ist. Man kann über die Naturerscheinungen mit Hilfe der gewöhnlichen Intellektualität nachdenken; aber man kann nicht über soziale Erscheinungen mit Hilfe der gewöhnlichen Intellektualität nachdenken; das kann man nicht. (...) Sie werden durchdringen müssen, (...) dass die soziale Frage nur lösbar ist auf einer spirituellen Grundlage, und dass heute ihre Lösung gesucht wird ohne alle spirituelle Grundlage. Damit ist etwas ungeheuer Wichtiges für unsere Zeit ausgesprochen. (...) Das Allernotwendigste für die Gegenwart und die nächste Zukunft in Bezug auf die Entwicklung der menschlichen Geschicke ist das Hereinholen gewisser Ideen von jenseits der Schwelle; und die charakteristischste Erscheinung der Gegenwart ist diese, dass solches Hereinholen von jenseits der Schwelle geradezu eben abgelehnt wird.»

statteten autonomen, freien Geisteslebens auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, durch welche in der nächsten Zukunft eine fortwährende Erneuerung der Gesellschaft stattfinden könnte, statt der heutigen zunehmenden Zersplitterung des öffentlichen Lebens in Partikularinteressen, welche vermittels eines Grundeinkommens nur noch weiter fortschreiten würde.

— ■ —
Man darf in Bezug auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge die großen Gesichtspunkte nicht außer acht lassen.
 — ■ —

tung des dreigliederten sozialen Organismus. Die wissenschaftlichen Voraussetzungen hierfür, insbesondere die Kenntnis der übergeordneten Wertemaßstabsgröße, wodurch eine Entkoppelung von Leistungsertragnis und Einkommen vorgenommen werden kann, liegen heute vor. Es liegt an den Menschen, die hier charakterisierte Aufgabe anzugehen.

Die soziale Kunst

Man darf in Bezug auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge die großen Gesichtspunkte nicht außer acht lassen. Denn es ist ja die eigentliche soziale Zukunftsaufgabe oder man könnte sagen, es wird dann die *soziale Kunst* überhaupt sein, aus dem Zusammenspiel der drei Glieder des sozialen Organismus auf möglichst vernunftmäßige Weise im Rahmen der assoziativen Einkommensbildung die Leih- und Schenkungsgeldströme so zu leiten, dass eine allseits gedeihliche Entwicklung des gesamten sozialen Organismus insgesamt erfolgen kann. Demgegenüber stellt das aus dem herkömmlichen Denken heraus entstammende Bemühen um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens lediglich den Versuch dar, das heutige System im Inland eine gewisse Zeit lang zu stabilisieren. Die Idee des leistungslosen Grundeinkommens ist somit letztlich perspektivenlos, zu kurz gedacht, und wird dem Menschen in seinen heutigen Nöten nicht gerecht⁶. Die heute dem Menschen auferlegte Aufgabe – insbesondere in Bezug auf Mitteleuropa, weil dort entsprechende Voraussetzungen am ehesten vorhanden sind – ist die aus freier Einsicht in die Zusammenhänge zu erfolgende Errich-

Andreas Flörsheimer, Dornach

- 1 Weil man dann nicht einseitig nur den Wertbildungsfaktor «Arbeit an der Natur», wie dies die herkömmliche Ökonomie im Grunde genommen tut und dadurch eine Wirtschaft der Maßlosigkeit entwickelt, sondern auch den zu ersterem in einem invers-polaren Verhältnis stehenden zweiten Wertbildungsfaktor «Arbeit organisiert durch Geist» berücksichtigt. Siehe hierzu auch den Leserbrief von Peter Kunert «Ermütigung» (*Der Europäer*, Jg. 11, Nr. 7, Mai 2007, S. 28).
- 2 Nichtsdestotrotz schreibt der *Verlag Freies Geistesleben* in seinem Gesamtverzeichnis 2006/2007 bei der Vorstellung des Buches von Werner («Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen») in Bezug auf das darin vertretene bedingungslose Bürgergeld von einer «wirklich neuen Idee».
- 3 In den Medien sind beispielsweise Artikel und Interviews wie folgende erschienen: «Wir würden gewaltig reicher werden» (*Spiegel Online* Interview mit dem Gründer der Drogeriemarktkette dm Götz Werner und dem Steuerexperten Benediktus Hardorp, 30.11.2005), «Grundeinkommen. Der Unternehmer Götz W. Werner hat eine Vision. 1300 Euro für jeden – auch ohne Arbeit» (*Hamburger Abendblatt*, 4.1.2005), «Der Menschenveredler» (Interview in *Die Welt*, 8.12.2005), «Geld für alle Bürger» (*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 1.4.2007).
- 4 Schweizer Ökonom. Unter anderem Co-Autor mit Silvio Borner und Aymo Brunetti des Buches «Schweiz AG. Vom Sonderfall zum Sanierungsfall?», 3. Auflage, Verlag *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich 1990.
- 5 Der Ausdruck stammt von Zbigniew Brzezinski, der diesen an einer Konferenz in San Francisco Ende September 1995, auf welcher «500 führende Politiker, Wirtschaftsführer und Politiker aus allen Kontinenten» über das 21. Jahrhundert debattiert hatten, ausgesprochen hatte. Auf dieser Konferenz wurde auch der Begriff der «80:20-Gesellschaft» geprägt. Näheres dazu findet sich im gleichnamigen Kapitel des Buches *Die Globalisierungsfälle* (H.-P. Martin, H. Schumann, 7. Auflage, Rowohlt Verlag, Reinbek 1996.)
- 6 Die heutige Form des Wirtschaftens mit ihrem zunehmend sich verschärfenden Wettbewerb bringt den Einzelnen in derartige Verhältnisse zu seinen Mitmenschen, dass er sich diesen gegenüber unter Umständen in einer Weise verhält, wie er dies unter anderen («normalen») Verhältnissen niemals tun würde. Wer dies nicht sieht, weil er sich noch in wie auch immer gearteten privilegierten Verhältnissen befindet, der kann meinen, man könne vielleicht diese oder jene äußerliche Änderung am bestehenden System vornehmen und im übrigen mit der gleichen inneren Einstellung weiterfahren wie bisher.

«Nichts ist gratis»

Die Schweizer Zeitschrift *Facts* hatte einen Beitrag über die Einführung eines Grundeinkommens gebracht. In der darauf folgenden Nummer (Nr. 10, 8. März 2007; S. 7) hat sie eine Reihe Leserbriefe dazu mit überwiegend zustimmendem Inhalt abgedruckt. In einer einzigen Zuschrift (Thomas Allmendinger), die wir hier in Auszügen wiedergeben, wird darauf hingewiesen, dass sich zunächst einmal auch etwas an der inneren Einstellung der Menschen ändern müsse: «Nichts ist gratis und wenn, dann ist etwas faul dran. (...) Ganz abgesehen davon, dass die westliche Gesellschaft nicht mehr «binnen-sozial» funktioniert, sondern dank der Globalisierung vom riesigen Lohngefälle zu anderen Gesellschaften profitiert und außerdem die Natur hemmungslos an Energie und Rohstoffen ausbeutet. Solange sich diese Einstellung insgesamt nicht ändert und einer bescheidenen und gerechteren weicht, hätte ein solcher Grundbeitrag nur Almosen- und damit Beschwichtigungscharakter».